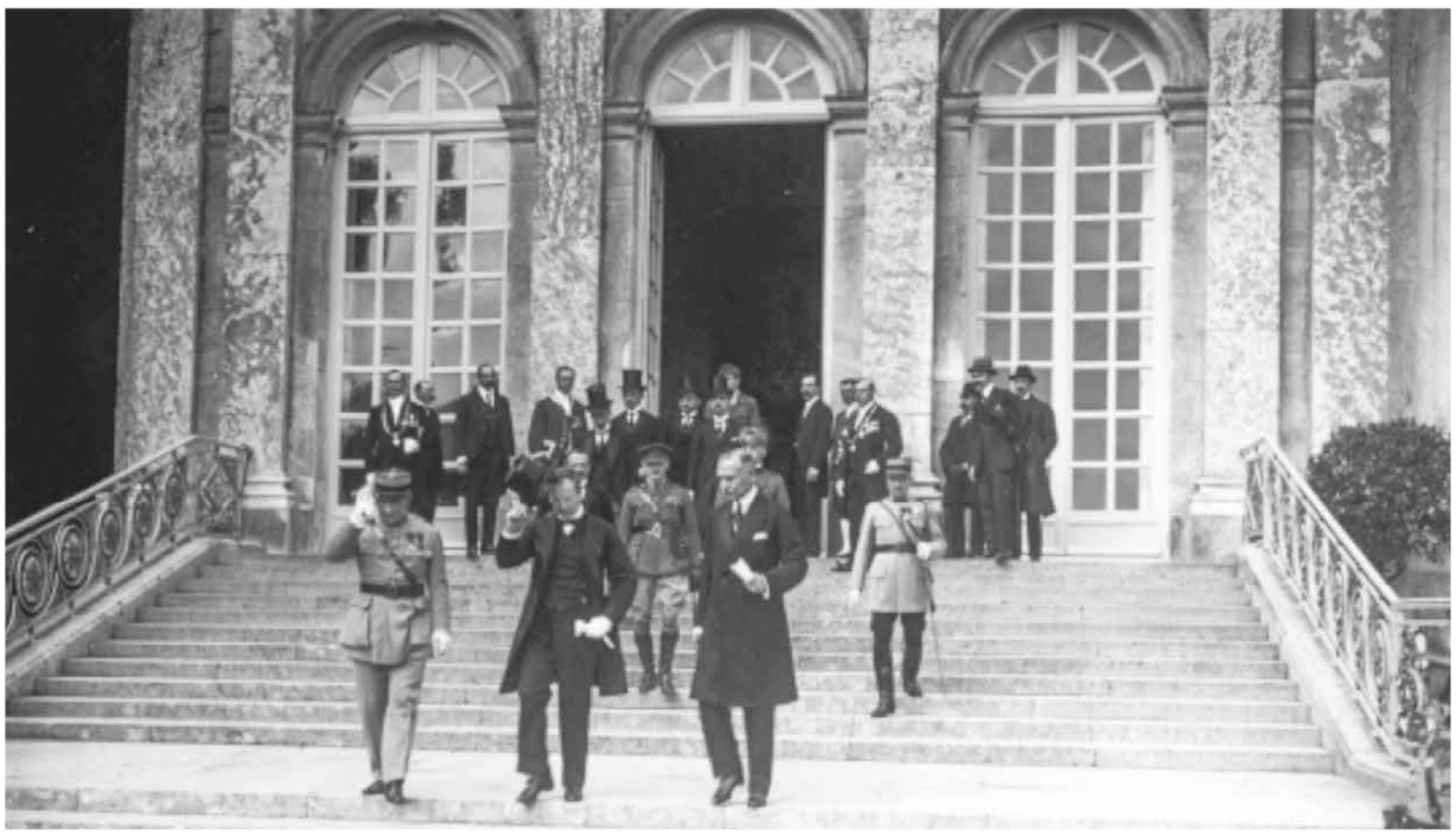
„Dokument der Maßlosigkeit“

Historie Tamás Füzesi ist Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters. Der gebürtige Ungar hat sich mit dem vor 100 Jahren geschlossenen Vertrag von Trianon beschäftigt, der gravierende Folgen hatte. *Von Magdi Aboul-Kheir*



Die ungarische Delegation beim Verlassen von Schloss Trianon am 4. Juni 1920. *Foto: dpa*

Es geht nicht darum, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sagt Tamás Füzesi. Doch der 55-jährige Konzertmeister des Philharmonischen Orchesters der Stadt Ulm ist gebürtiger Ungar, „diese Wurzeln waren mir immer wichtig“. Und so ist es ihm dieser Tage ein Bedürfnis, an den Vertrag von Trianon zu erinnern, der vor 100 Jahren nach dem Ersten Weltkrieg den Südosten Europas neu ordnete und den Ungarn zwei Drittel ihres Staatsgebiets nahm. Für Füzesi ist der Vertrag ein „Dokument der Maßlosigkeit“. Und er spricht von „Ungarns schwärzestem Tag“. Er hat sich mit den historischen Hintergründen ausgiebig befasst.

Füzesi kam 1971 als Sechsjähriger mit seiner Familie aus Budapest nach Deutschland: „Ich wurde ohne ein Wort Deutsch eingeschult.“ Die Familie war froh, das kommunistische Land verlassen zu können. Sein Vater war Opernsänger und hatte ein Engagement in Trier. Danach zog die Familie nach Freiburg, wo Füzesi aufwuchs und auch den großen Teil seines Geigen-Studiums absolvierte. Später studierte und lebte er in Bad Reichenhall und Salzburg, musizierte am Theater Regensburg. 1992 kam er als Konzertmeister nach Ulm.

Wer diese Biografie betrachtet, erkennt: Weiter als in den Trierer Kindheitstagen hat sich Füzesi nie von der Donau entfernt. Für geografische und geschichtliche Themen interessiert er sich schon früh. In den vergangenen Jahren hat er sich auch für die ungarische Pfadfinderbewegung in Deutschland engagiert. So hat er sich nun auch intensiv mit dem Vertrag von Trianon beschäftigt und dazu einen Essay geschrieben.

Donausommer 2020

Die Urkatastrophe

Im Zentrum steht der Erste Weltkrieg, diese Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. „Mit traumwandlerischer Sicherheit taumelten die einflussreichen – und mit ihnen die weniger einflussreichen – Staaten in einen Konflikt, der in mehrfacher Hinsicht die Grenzen militärischer, gesellschaftlicher und menschlicher Abgründe neu definieren sollte“, stellt Füzesi fest. „Am Ende, nach vier Jahren Krieg und 20 Millionen Toten, wurden auf allen Seiten Schuldige gesucht und gefunden.“

Durch die Pariser Vorortverträge wurde die Schuldfrage durch die Siegermächte „in Blei gegossen“, sagt Füzesi. Ausgegangen wurde von der Alleinschuld der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn. „Mit welcher Begründung?“, fragt Füzesi. „Der letztliche Auslöser war die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien als Reaktion auf die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajevo durch den erwiesenermaßen vom serbischen Geheimdienst unterstützten Nationalisten Gawrilo Princip.“ Dem Attentat war die nach heutigem Maßstab widerrechtliche Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908 durch Österreich-Ungarn vorausgegangen.

Könne man wirklich von einer „alleinigen Kriegsschuld“ der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn sprechen? Wie hätte Frankreich reagiert, wenn ein algerischer oder marokkanischer Attentäter in einer genauso widerrechtlich annektierten Region Nordafrikas einen hohen Repräsentanten seines Landes liquidiert hätte? Ohnehin sei das koloniale Gebaren der Siegermächte – Frankreich, Großbritannien und Russland – wenig zimperlich gewesen, wenn es um ihre Eigeninteressen ging, wie die Beispiele Chinas, Indiens oder Nordafrikas belegten. Füzesi betont: Von einer Alleinschuld auch des Deutschen Reiches könne man aus heutigem Kenntnisstand nicht mehr sprechen.

„Wir werden es nie erfahren“

Doch war die Welt 1914 nicht reif für den Krieg gewesen, hatten sich die König- und Kaiserreiche nicht überlebt? Vielleicht, meint Füzesi, im Falle Österreich-Ungarns treffe diese Behauptung aber nicht zu. „Kaiser Franz Joseph I. war zwar alt und bereits seit über 60 Jahren an der Macht, doch nach dem Selbstmord seines Sohnes Rudolph bereitete sich sein Neffe Franz Ferdinand auf die Machtübernahme vor. Und, was weniger bekannt ist, er hatte Pläne: Ihm schwebte ein moderner, föderaler Vielvölkerstaat vor, unter Einbeziehung nationaler Interessen von Slowaken, Ruthenen, Rumänen, Kroaten und Slowenen. Ob diese Föderation allen Widerständen zum Trotz funktioniert hätte? Wir werden es nie erfahren. Dass die Kugel des Attentäters aber gerade einen reformwilligen und damit zukunftsträchtigen Politiker traf, mag kein Zufall gewesen sein.“

Jenseits der Frage der Kriegsschuld stößt Füzesi vor allem die Maßlosigkeit des Vertrags von Trianon auf. „Sämtliche Gebiete, in denen auch nur wenige Nichtungarn lebten, wurden entweder den Nachbarstaaten angegliedert oder zu eigenen Staaten erklärt.“ Differenzierung wäre vonnöten gewesen, sagt Füzesi und nennt Beispiele: „Slowakei? Selbstverständlich, aber ohne den südlichen Teil des Landes, der bis heute vorwiegend von Ungarn bewohnt wird. Dasselbe gilt für die Waldkarpaten, die nach Trianon der Tschechoslowakei zugesprochen wurden, heute zur Ukraine gehören.“ Und was sei mit dem Szeklerland in Siebenbürgen? „Bis heute, 100 Jahre später, existieren Städte und Dörfer, in denen kaum Rumänisch gesprochen wird“, sagt Füzesi, der diese Regionen ausgiebig bereist hat. „Vielleicht wäre im Fall Siebenbürgens eine damals tatsächlich diskutierte staatliche Föderation von Ungarn, Rumänen und Deutschen möglich gewesen.“

Seine Wurzeln sind ihm wichtig: Tamás Füzesi. *Foto: Magdi Aboul-Kheir*

Füzesi schlägt einen Bogen ins späte 20. Jahrhundert. Denn warum wurde Kroatien mit Slowenien, der Vojvodina, dem serbischen Kernstaats sowie Bosnien-Herzegowina in den Kunststaat Jugoslawien gezwängt? „Das Konstrukt zerfiel denn auch in den 1990er Jahren in einem grausamen Krieg.“

So oder so, die Bestrebungen, die Welt nach dem großen Brand neu zu ordnen, „zogen den nächsten Weltenbrand nach sich, den Zweiten Weltkrieg“, sagt Füzesi. Man dürfe die Folgen der Versailler Verträge nicht unterschätzen, auch beim Aufstieg Hitlers spielten sie psychologisch eine Rolle.

Mittelbare Auswirkungen seien auch anderswo bis heute sichtbar, führt Füzesi aus. Den Nahen Osten habe das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 mit seinen willkürlichen, nach den Interessen Großbritanniens und Frankreichs gezogenen Grenzen in ein regelmäßig explodierendes Pulverfass mit unzähligen Opfern und unmenschlichem Leid verwandelt.

Gemessen daran habe der Vertrag von Trianon vielleicht nur einen vergleichsweise kleinen und unbedeutenden Teil der Welt betroffen. Doch „maßlos und ungerecht ist er bis heute“.

Wie gesagt, dem 55-Jährigen geht es nicht um Revision oder gar Zurücknahme des Vertrags von Trianon. Das sei ja nicht möglich, „ohne neue Kriege, neues Leid und neue Ungerechtigkeiten zu entfachen“. Doch er sei „ein Beispiel für das zementierte Unrecht, das im 20. Jahrhundert vielen Völkern wie etwa den Iren, Tibetern, Kurden oder Palästinensern zum Schicksal geworden ist“. Die Kenntnis der Zusammenhänge sollte helfen, und das ist Füzesi Wunsch, „aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den betroffenen Ländern besser zu verstehen“.

Die Pariser Vorortverträge

Historie Die Pariser Vorortverträge beendeten formal den Ersten Weltkrieg. Es ist ein Sammelbegriff für die Friedensverträge zwischen Siegern und Verlierern des Kriegs. Maßgeblich für das Deutsche Reich war der Vertrag von Versailles, unterzeichnet am 28. Juni 1919. Der Vertrag von Trianon wurde am 4. Juni 1920 unterzeichnet.

Kosten von 113 000 Euro aufgelaufen

Landgericht Michael Haut, Mobilfunkexperte, streitet sich mit der Telekom wegen hoher Gebühren auf Schiffen.

Ulm. Vor Gericht und auf hoher See ist man in Gottes Hand, hieß es früher. Wer auf hoher See oder Flüssen telefoniert, kann vor Gericht landen, heißt es heute. Verbraucherschützer warnen, auf Kreuzfahrtschiffen das Handy zu nutzen. Weder die EU-Roaming-Verordnung noch die Reisepakete der Mobilfunkanbieter gelten. Bei Gesprächen über ein Mobilfunknetz via Satellit können enorme Kosten entstehen.

Ähnliches bekam die ehemalige Ulmer Level 421 GmbH zu spüren, die Internet auf Flusskreuzfahrtschiffen anbieten will. Mit den Sim-Karten der Deutschen Telekom liefen hohe Kosten auf: insgesamt 113 936,55 Euro ohne Zinsen. Weil die Telekom das Geld will, Level 421 aber nicht zahlen möchte, landete das Ganze vor dem Landgericht Ulm.

Dort zeigte sich der Chef der heutigen City-Netze GmbH einerseits zerknirscht. „Wegen mir hätte es nicht vor Gericht landen müssen. Ich wollte die Telekom nicht schädigen”, sagte Markus Haut. Andererseits sei er sich keiner Schuld bewusst. Schließlich seien extra teure Business-Verträge mit Flatrates abgeschlossen worden, um entlang von Rhein und Donau die Qualität der Handy-Verbindungen zu messen. Bei den Fahrten wären die Kosten dann entstanden.

Mit Sim-Karten Geld verdient

Die Telekom sieht die Sache anders. Level 421 habe mit den Sim-Karten Geld verdient und diese in Routern auf Schiffen eingesetzt, was laut der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) verboten sei. Einen Teil des Geldes musste die Telekom als Roaming-Gebühren an Telekommunikations-Unternehmen angrenzender Länder zahlen und wolle es zurück. Selbst wenn nur Messungen vorgenommen worden seien – auch diese seien laut AGB verboten. Level 421 habe keine Prüfprotokolle vorlegen können, monierte der Kläger.

Allerdings sah Richterin Sandra Thonhofer auch die Bringschuld bei der Telekom nicht erfüllt. Der Missbrauch und wo, was, wie viel an Daten anfiel, sei nicht exakt dargelegt worden. „Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht”, kritisierte die Vorsitzende und erreichte einen Kompromiss. Stimmen beide Parteien zu, muss der Ulmer Mobilfunkexperte knapp 28 500 Euro zahlen und eine Unterlassungserklärung unterschreiben. *vt*